



Nicht mehr abgeneigt: Doris Leuthard kann sich Werbebeschränkungen für die SRG vorstellen – doch machen sie auch Sinn? Bild Keystone

Werbeverbot für SRG: Geld flösse ins Ausland

Trotz der klaren Ablehnung der No-Billag-Initiative wird die Forderung nach einem Werbeverbot für die SRG laut. Eine Studie des Bundesamts für Kommunikation aber zeigt, dass ein Werbeverbot nicht dem Journalismus zugute käme – im Gegenteil.

von Dennis Bühler

Die SRG solle «abspecken» und auf einen Teil ihrer Programme und Sendungen verzichten: Obwohl am Sonntag 72 Prozent der Stimmenden Nein sagten zur radikalen No-Billag-Initiative, hört man solche Forderungen nach wie vor. Daran ändert auch der demütige Auftritt von SRG-Generaldirektor Gilles Marchand nichts, der noch am Sonntag ein Sparprogramm inklusive Entlassungen ankündigte und diverse Konzessionen gegenüber den privaten Verlegern machte (Ausgabe von gestern).

Eine Forderung, die vor und nach No Billag immer wieder auftaucht, ist jene nach einem Werbeverbot für die SRG. «In der Primetime ab 20 Uhr soll die SRG keine Werbung mehr ausstrahlen dürfen», sagt etwa der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. In seiner Antwort auf eine gestern im Ständerat diskutierte Interpellation des Freiburger CVP-Politikers Beat Vonlanthen schliesst auch der Bundesrat ein teilweises Werbeverbot nicht mehr kategorisch aus: Was neue Werbemaassnahmen betreffe, sei er der Ansicht, dass der SRG und den anderen konzessionierten Veranstaltern die neuen Werbeentwicklungen nicht vorenthalten werden sollten, heisst es in der Antwort, die Bundesrätin Doris Leuthard in der kleinen Kammer präsentierte. «Besser als technische Verbote wären weitere Werbebeschränkungen, etwa ab 20 Uhr, oder eine Obergrenze.»

Werberückgang wie bei der Presse

Allerdings: Ausgerechnet eine aktuelle Studie des Bundes rät dezidiert von einem auch nur teilweisen Werbever-

bot ab. «Die bei einem partiellen Werbeverbot auf den SRG-Fernsehkäufen frei werdenden Werbegelder würden zu einem grossen Teil dem Schweizer Markt und dem Schweizer Journalismus entzogen», lautet das Fazit eines elfseitigen Papiers, das bisher unter Verschluss gehalten, nun aber der «Südostschweiz» zugespielt wurde. Verfasst wurde es vom Bundesamt für Kommunikation (Bakom) im Auftrag der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, datiert ist es auf den 22. Januar dieses Jahres.

2016 habe das Fernsehen in der Schweiz Werbeeinnahmen von 722 Millionen Franken verbuchen können, heisst es zuerst in einer Bestandesaufnahme. «Fast die Hälfte der Fernsehwerbung wurde bei der SRG gebucht.» Basierend auf der Befragung von zehn Werbeexperten sagt das Bakom in der Folge eine detaillierte Prognose: Aufgrund des zunehmend fragmentierten Publikums und des Trends zur zeitversetzten Nutzung werde es zukünftig schwieriger, das Publikum mit Werbung zu erreichen. «Fernsehwerbung wird damit an Reichweite und

somit an Attraktivität verlieren. Demnach würden die Einnahmen der gesamten TV-Branche längerfristig in ähnlichem Ausmass sinken wie jene der Presse in den letzten Jahren.» Das sind dramatische Worte. Denn: Die Werbeeinnahmen der gedruckten Presse sanken von 2011 bis 2016 von etwa zwei Milliarden Franken auf rund 1,2 Milliarden Franken.

Google und Facebook profitieren

Im Geschäftsbericht 2016 habe die SRG Werbeeinnahmen von 230,5 Millionen Franken ausgewiesen, so das Bakom. «115 Millionen davon wurden nach 20 Uhr, 26 Millionen nach 22 Uhr erwirtschaftet.» Ein Werbeverbot auf SRF 1 und RTS 1 ab 20 Uhr würde zu einem Rückgang der Netto-Werbeerträge von 105 bis 115 Millionen Franken führen, glaubt das Bundesamt – ein Verlust von knapp der Hälfte der gesamten SRG-Werbeeinnahmen.

Andere Schweizer Medien würden hiervon gemäss Bakom-Szenario kaum profitieren. Ein grosser Teil der bei der SRG wegfallenden Werbemittel würde verpuffen, «weil die von der Fernsehwerbung erreichte Grösse und soziodemografische Struktur des Publikums bei keinem anderen Medium erreicht werden könnte». Profitieren würden primär internationale Player wie Facebook und Google, da sie über einfache, geschlossene Systeme für die Abwicklung von Werbeaufträgen verfügten.

Von jenen Mitteln, die zugunsten des privaten Fernsehens umgelagert werden könnten, dürften laut Bakom etwa 80 Prozent an die ausländischen Werbefenster und bloss 20 Prozent an schweizerische Privatsender gehen. Nicht gerade Aussichten, die für einen Systemwechsel sprechen.

90

Prozent

der heutigen Werbeeinnahmen der SRG würden gemäss Bakom-Studie in Produkte fließen, die keine journalistischen Inhalte für die Schweiz produzieren – vor allem ausländische Werbefenster.

Cassis versucht den Neustart

Der Bundesrat hat doch noch eine gemeinsame Linie gegenüber der EU gefunden. Er will Tempo beim Rahmenabkommen und setzt auf ein Schiedsgericht.

von Maja Briner

Die Bundesräte haben sich in der Europapolitik in den vergangenen Wochen wiederholt widersprochen. Der eine wollte rasch ein Rahmenabkommen, der andere gar keins. Mit dieser Kakophonie soll nun Schluss sein: Nach drei intensiven Sitzungen habe sich die Regierung geeinigt, verkündete Aussenminister Ignazio Cassis gestern: «Jetzt können wir aus einer gemeinsamen Position der Stärke neu starten.»

Ein wirklicher Neustart sind die Pläne des Bundesrats indes nicht. Er will den bilateralen Weg weitergehen und ihn der Zeit anpassen. Nägel mit Köpfen machen will die Regierung beim institutionellen Rahmenabkommen, über das seit vier Jahren verhandelt

«Niemand will fremde Richter – weder die Schweiz noch die EU.»

Ignazio Cassis
Bundesrat

wird: Bis Ende 2018 soll eine grundsätzliche Einigung zustande kommen. Es sei wichtig, die Beziehungen zur EU zu stabilisieren, sagt Cassis. So könne man eine «Eskalation des Piesackens» vermeiden. Entscheide wie jener der EU, die Börsenäquivalenz als Strafe nur befristet anzuerkennen, sollen nicht mehr vorkommen. Die Zeit drängt, da 2019 in der Schweiz und in der EU Wahlen anstehen, was eine Einigung erschweren würde.

Wegen der von der SVP lancierten Debatte um die «fremden Richter» steht das Rahmenabkommen mit der EU seit längerem im Gegenwind. Die Regierung setzt nun auf ein anderes Modell zur Streitbeilegung: Sie strebt eine Lösung mit einem Schiedsgericht an, bei dem die Schweiz beteiligt ist. Dieses würde über die Auslegung von bilateralem Recht und über die Verhältnismässigkeit von Sanktionen entscheiden. Der Europäische Gerichtshof soll nur dann zum Zug kommen, wenn EU-Recht betroffen ist.

Laut Cassis ist die EU für diese Lösung grundsätzlich offen. «Niemand will fremde Richter – weder die Schweiz noch die EU», sagt er. Was genau EU-Recht ist und was bilaterales Recht, müsse aber noch genauer geklärt werden. «Wir müssen sicherstellen, dass das Schiedsgericht so unabhängig wie möglich ist», sagt Staatssekretär Roberto Balzaretti, der die Verhandlungen koordiniert.

Cassis präzisierte zudem die roten Linien des Bundesrats: Die flankierenden Massnahmen müssten bleiben, auch sei die Übernahme der Unionsbürgerschaft kein Thema. Der Bundesrat hat sein Verhandlungsmandat entsprechend angepasst. Cassis will in den nächsten Wochen die Kantone und das Parlament darüber informieren; ihre Zustimmung braucht er jedoch nicht.

Lob von fast allen Seiten

Gestern erhielt Cassis für seine Vorschläge von vielen Seiten Applaus: Von SP bis FDP zeigten sich Politiker zufrieden. Elisabeth Schneider-Schneiter, Baselbieter CVP-Nationalrätin und Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission, sagt: «Ich begrüsse es sehr, dass sich der Bundesrat endlich einig ist über die roten Linien.» Es sei positiv, dass die Regierung beim Rahmenabkommen vorwärtsmachen wolle. Die Lösung mit dem Schiedsgericht sei «für die CVP durchaus vorstellbar».

Zufrieden ist auch die SP. Der Zürcher Aussenpolitiker Martin Naef sagt: «Es muss jetzt vorwärtsgehen mit dem Rahmenabkommen.» Die Lösung mit dem Schiedsgericht sei dafür der richtige Weg. «Das stimmt mich optimistisch, dass sich die vernünftigen Kräfte hinter dieses Rahmenabkommen stellen werden.»

Auch der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller stützt den Kurs des Bundesrats. «Er hat den Reset-Knopf gedrückt, jetzt ist das System wieder am Hochfahren», sagt er. Beim Rahmenabkommen sei der Inhalt wichtiger als ein rasches Vorwärtkommen, mahnt der Luzerner Aussenpolitiker zwar. Sofern die roten Linien nicht überschritten werden, sieht er das Abkommen aber positiv: «Wir verlieren keinen Millimeter an Souveränität.» Die automatische Rechtsübernahme sei vom Tisch, die Möglichkeit, ein Referendum zu ergreifen, bestünde nach wie vor.

SVP spricht von Unterwerfung

Ganz anders sieht das die SVP, die von einem «Unterwerfungsvertrag» spricht. Dass der Bundesrat nun auf die Schiedsgerichts-Lösung setzt, ändert für SVP-Aussenpolitiker Roland Büchel nichts daran, dass das Rahmenabkommen inakzeptabel sei. Matchentscheidend sei die geplante dynamische Rechtsübernahme, sagt der St. Galler: «Damit geben wir unseren Stimmzettel de facto nach Brüssel ab.» Die Schweiz könne theoretisch zwar frei entscheiden, müsse aber je nach Entscheid mit Sanktionen rechnen. Dass diese dank Schiedsgericht künftig verhältnismässig ausfallen würden, glaubt Büchel nicht: «Das Recht des Stärkeren würde weiterhin gelten.»

Brüssel zeigt wenig Begeisterung

Während der bundesrätliche Entschluss zur Europapolitik bei den meisten Schweizer Parteien gut ankommt, reagiert die EU sehr zurückhaltend: **Der Rahmenvertrag bleibe prioritär** – erst dann könne man einen weiteren Marktzugang ins Auge fassen, teilte ein Sprecher gestern mit. **Ein rascher Abschluss des Strom-**

abkommens scheint damit unmöglich. In die Pflicht nimmt Brüssel den Schweizer Unterhändler Roberto Balzaretti. Bei ersten Treffen habe man einen «starken Willen» festgestellt, handelseinig zu werden, heisst es in Brüssel. Das betreffe die Rolle des Europäischen Gerichtshofs und die Sicherstellung, dass europäische und

Schweizer Unternehmen dieselben Wettbewerbsbedingungen hätten. Beide Punkte sollen im Abkommen geregelt sein. **Für die Idee, Staatsbeihilfen in den einzelnen Abkommen zu regeln, klingt das stark nach Absage.** Das allerwichtigste Prinzip bleibe für die EU-Kommission: «Es kann kein Rosinen-picken geben.» (rhe)